

Sehr geehrter Herr Färber,  
erst heute komme ich dazu, Ihren Brief vom 12. Dezember 2019 zu beantworten - nachdem ich mit vielen Direktversicherungsgeschädigten gesprochen und mich auch dieser bundesweiten Organisation angeschlossen habe, die gegen besagtes Unrecht, bzw. den Betrug an den Versicherten kämpft.

Inzwischen nimmt dieser Verein der Geschädigten Fahrt auf und es ist anzunehmen, dass die Rentner in dieser Republik genau so wenig zu bändigen sind, wie die Landwirte. Die Unruhe im Lande nimmt zu und sollte von den Verantwortlichen gerade in Zeiten beginnender Wahlkämpfe nicht unterschätzt werden.

Mit Antwortschreiben, die mit Textbausteinen gespickt sind, werden sich die Menschen nicht mehr ruhigstellen lassen. Da erscheint es ziemlich merkwürdig, wenn Sie, Herr Färber, mir sogar mit sechs Gegenfragen antworten. Habe denn ich das Desaster um die Direktversicherung angerichtet oder ist das nicht mit Unterstützung Ihrer Partei entstanden?

Wie würden Sie denn reagieren, wenn Sie beispielsweise von Eierdieben heimgesucht und geschädigt worden wären? Glauben Sie, die Polizei würde dann von Ihnen wissen wollen, wie zu ermitteln sei und wie man die Täter zur Strecke bringen könnte? Oder wie Sie sich vorstellen, wieder an die geklauten Eier zu gelangen?

Schön, dass Sie - wie Sie schreiben - meinen Ärger über die „Mehrfachverbeitragung“ verstehen und diese Regelung sogar für „nicht akzeptabel“ halten. Dass ich nicht der erste sei, der auf Sie mit diesem Thema zukomme, ist für mich jedoch kein Trost - es zeigt viel mehr, unter welchem Druck die politischen Parteien stehen, die dies anno 2004 verbrochen haben. Wer die „Täter“ von damals sind, wird inzwischen bei jeder Veranstaltung der Geschädigten publik gemacht.

Denn was nun bei der betrieblichen Altersversorgung „gestärkt“ worden sein soll, bleibt das Geheimnis jener Abgeordneten, die dies angesichts des „dynamisierten Freibetrags“ behaupten und gar bejubeln.

Überhaupt: mit phantasiereichen Wortschöpfungen ist diese Regierung ohnehin reichlich gesegnet. Gute-Kita-Gesetz und so weiter... Schon merkwürdig, dass man allein schon mit dem Namen eines Gesetzes beteuert, dass es „gut“ sein soll. Wie hat mein alter Mathelehrer schon immer gesagt: Die Verdummung des Volkes schreitet unaufhaltsam vorwärts...

Bitte versuchen Sie jetzt nicht, die seltsame Rolle der CDU/CSU schönzureden. Fakt ist, dass sie das sogenannte Modernisierungsgesetz zumindest mit getragen hat. Auch der Versuch, meinem Versicherungsvertreter mangelnde Information vorzuwerfen, erscheint mir fragwürdig. Sie sollten den Schuldigen nicht bei anderen suchen, sondern dort, wo die Wurzel des Übels ist: in der Politik. Dort hat man sich erdreistet, die Doppelverbeitragung sogar rückwirkend in kraft zu setzen. Ein Schwindel ohnegleichen. Was bedeutet: auf die

bundesdeutsche Politik ist kein Verlass mehr. Jeder kleine Betrüger würde vor den Kadi gezerzt, wenn er nachträglich klammheimlich einen geschlossenen Vertrag ändern würde. Und, ja: es war wohl eine Nacht- und Nebel-Aktion des Bundestages. So jedenfalls hat es mir mein Versicherungsvertreter mehrmals erklärt. Das Gesetz sei zu mitternächtlicher Stunde „durchgewunken“ worden. Ich hätte schon mal gerne gewusst, wie viele Abgeordnete zu diesem Zeitpunkt noch anwesend waren - ganz zu schweigen davon, wer sich der Tragweite dieses Beschlusses überhaupt bewusst war. Dass Sie, Herr Färber, damals nicht dabei waren, ist mir natürlich geläufig. Und dass Sie nun mit Ihren Fraktionskollegen die Regelung wider besseren Wissens (siehe Ihr eigenes Eingeständnis) verteidigen, muss uns aber alle stutzig machen.

Wie schnell etwas geändert werden kann, hat uns doch das Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe gezeigt, das in atemberaubendem Tempo beschlossen wurde. Eben nur, weil es die Frau Kanzlerin letztlich angestoßen hat.

Und deren legendäre Behauptung „wir schaffen das“ soll offenbar auf heimische Rentner, die ein Leben lang treu und brav in die Renten- und Krankenversicherung einbezahlt haben, nicht angewandt werden. Die sozialen Verwerfungen, die in diesem Lande anstehen, werden aber manchem noch schlaflose Nächte bereiten.

Schön, dass Sie sich im Bundestag für eine angebliche Verbesserung eingesetzt haben. Was aber letztendlich dabei herausgekommen ist, wissen wir inzwischen: nichts weiter, als eine „kosmetische Korrektur“, mit der man die geschädigten Rentner ruhigstellen wollte. Ganz so einfach aber lassen wir uns nicht abspeisen. Wir haben sehr wohl erkannt, dass die angeblichen Verbesserungen nur einem ganz kleinen Teil der Geschädigten zugute kommen. Eine trickreiche Sache. Diejenigen aber, die sich ein Berufsleben lang ernsthaft für ihre finanzielle Absicherung im Alter eingesetzt haben, werden nun heftig dafür „bestraft“ - und abgezockt. Ganz zu schweigen davon, dass die Renten seit geraumer Zeit auch besteuert werden.

Wie soll man auf diese Weise für das Alter vorsorgen? Was da läuft, sehr verehrter Herr Färber, ist Lug und Trug. Auch wenn Sie das anders sehen mögen.

Soll ich mich nun auch noch für Ihre Textbausteine bedanken, die zumindest ab Seite 2 Ihres Schreibens in Einsatz gekommen sind?

Gute Frage: Wo soll das Geld für eine Änderung herkommen? Die Frage ist doch eher: wo ist das den Rentnern geklaute Geld hin? In welche Kanäle, für welche Zwecke ist es verwendet worden? Sie würden doch auch wissen wollen, wo das Geld für monatlich etwa 1100 geklaute Eier hingekommen wäre. Diese Eier-Menge entspricht etwa dem, was jemand, der ein Berufsleben lang Teile von Weihnachts- und Urlaubsgeld in die Direktversicherung hat fließen lassen, nun zehn Jahre lang von seiner fest eingeplanten Altersversorgung in den Orkus stecken muss.

Was soll denn die Frage nach den Lösungen der anderen Parteien? Warum sollen die

anderen Lösungen für etwas suchen, was SPD/CDU/CSU/ und Grüne angerichtet, bzw verbockt haben?

Der Versuch, sich auf diese Weise aus der Verantwortung zu stehlen, klingt nach einer panischen Reaktion, die angesichts bevorstehender Wahlen gewiss nicht unbegründet sein dürfte.

Sie schreiben, bürgernahe Politik bedeute, „auf die Belange aller Einwohner einzugehen und möglichst alle Einwohner auf dem Weg zu politischen Entscheidungen mitzunehmen.“

„Bürgernah“ ist es jedenfalls nicht, wenn inzwischen zwar erklärt wird, man gestehe die Ungerechtigkeit bei der Doppelverbeitragung zwar ein, sehe aber keine Möglichkeit, Unrecht rückgängig zu machen.

Der oft auch gehörte Hinweis, es gebe eine höchstrichterliche Rechtsprechung zur Doppelverbeitragung, trifft das Thema nur halb: die Richter haben die gesetzliche Grundlage herangezogen - doch diese war und ist eben vermurkst. Für mich stellt sich die Frage, warum man diesen Murks nicht nachbessern kann. Antwort: man will halt nicht. Und genau dies ist es, was mich zu dem Vergleich mit einer „Bananenrepublik“ bewogen hat. Ich nehme natürlich zur Kenntnis, dass Sie dies als „populistische und polemische Ausführung“ bezeichnen - womit übrigens inzwischen alles abgetan wird, was nicht dem korrekten medialen und politischen Mainstream entspricht. Sie brauchen mich deshalb nicht zu belehren, woher der Begriff „Bananenrepublik“ stammt. Dazu, wie weit wir von den von Ihnen genannten Zuständen bisweilen noch entfernt sind, möchte ich mich nicht äußern.

Nur weil Sie es ansprechen: digitale Versorgung. Vielleicht sollten Sie mal im Raum Geislingen ernsthaft versuchen, unterwegs per Smartphone Emails abzurufen. Sie werden vielerorts entweder auf gar kein Netz stoßen oder auf ein E-Netz (wie in Eybach beispielsweise), mit dem man allenfalls telefonieren, aber keine Daten vernünftig versenden kann. Mein Gott, da träumt's den Politikern vom autonomen Autofahren, für das man ein schnelles Internet bräuchte. Sie, Herr Färber, würden mit einem automatisierten Auto sehr schnell im Roggental irgendwo hängen- oder stehenbleiben.

Auch wenn es befremdlich erscheint, dass ein MdB anstatt einem Bürger klare Antworten zu geben, seinerseits Fragen an diesen Bürger stellt, so will ich doch kurz darauf eingehen: Wie soll ich als Nicht-Politiker erläutern, wie die komplette Rückabwicklung der Verbeitragung finanziert werden soll? Das wäre doch so, wie wenn Sie den Geschädigten eines Raubüberfalls fragen würden, wie man ihm das gestohlene Geld zurückholen soll (siehe Eierdiebstahlsvergleich von oben).

Aus Ihrer Frage, welche komplette Rückabwicklung ich als Alternative vorziehen würde, spricht, mit Verlaub gesagt, die totale Hilflosigkeit. Antworten dazu erwarte ich als Geschädigter von der Politik. Ich bin Laie.

Die Belastung der jungen Generation könnte durch innovative Ideen sehr wohl gehandhabt werden. Warum muss ein überkommenes Renten- und Sozialsystem noch so funktionieren, wie in den 50er Jahren? Man könnte beispielsweise die Mehrwertsteuer zweckgebunden um ein paar Prozent erhöhen. Dann würden alle Bürger auf diese Weise in das Rentensystem einzahlen. Und wer sich einen teuren Porsche oder eine Yacht leisten kann, wäre

gerechterweise mit einem höheren Betrag dabei. Ohne Freibetrag. Natürlich ist dies mit den gegenwärtigen Gesetzen nicht zu machen - aber wie wäre es, wenn man das System grundlegend änderte?

Was die Geldpolitik anbelangt, kann ich nur eines sagen: der Euro war von vorneherein ein Schwachsinn und hat zur Enteignung der Bürger geführt. So lange der Euro-Raum keine einheitliche Steuer- und Lohnpolitik hat, wird das nicht funktionieren.

Was soll die Frage, ob ich für eine Senkung der Beamtgehälter bin? Klingt, mit Verlaub gesagt, auch ziemlich populistisch. Die Antwort kann ohnehin nur „ja“ lauten. Aber viele im Bundestag (n dem bekanntermaßen viele Beamte sitzen) haben ja von den Löhnen und Gehältern, vor allem aber von den realen Renten keine Ahnung. Und vor allem nicht, was netto übrig bleibt. So weit, wie heute war die Politik noch nie von den Menschen weg. Warum ich das Gesundheitssystem als „irr“ bezeichne? Klare Antwort: Weil erstens sehr viel Geld an Nichteinzahler fließt, weil Krankenhäuser betriebswirtschaftlich geführt und Gewinn abwerfen müssen, weil Pflegepersonal nicht leistungsgerecht bezahlt wird und weil überall Ärztemangel herrscht. Überforderte Pflegekräfte, chaotische Zustände in den Notaufnahmen der Kliniken, lange Wartezeiten auf einen Facharzttermin. Ist das nicht „irre“?

.Und weiter: ein überbordender Bürokratismus die Ärzte lähmt. Bei welchem Doktor ich auch immer bin - immer kriege ich als Journalist zu hören, wie schlimm der Bürokratismus sei . Da frage ich mich schon manchmal: gehen die Abgeordneten nie zu einem Arzt? Aber wahrscheinlich werden sie als Privatpatienten ohnehin damit nicht konfrontiert...

Sie merken zurecht, Herr Färber, dass ich über die monatlichen doppelten Zahlungen an Kranken- und Pflegeversicherung ungehalten bin.

Und daran wird sich auch so lange nichts ändern, bis dies abgestellt ist.

Ich werde auch weiterhin alles dran setzen, diesen Schwindel anzuprangern.

Aber vielleicht gelingt es Ihnen ja doch noch, Ihre Parteifreunde umzustimmen.

Bevor es zu großen Verwerfungen in dieser Republik kommt.

Es grüßt herzlichst

Manfred Bomm